

## Karteikarten Europarecht

Bearbeitet von

Von Claudia Haack, Rechtsanwältin und Repetitorin, und Dr. med Christian Sommer, Rechtsanwalt und Repetitor

10., neu bearbeitete Auflage 2018. Lernkarten. 70 Karteikarten.

ISBN 978 3 86752 568 8

Format (B x L): 14,9 x 10,5 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beek-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Europarecht** → Recht der europäischen internationalen Organisationen

## Europarecht im engeren Sinne

- alle Vorschriften, welche die Europäische Union, ihre Organe und Institutionen betreffen oder von diesen erlassen wurden
- 📖 Vertrag über die Europäische Union (EUV), Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), Richtlinien, Verordnungen

## Europarecht im weiteren Sinne

- alle Vorschriften, welche die institutionalisierte Zusammenarbeit europäischer Staaten außerhalb der Union betreffen
- 📖 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europarat

- Abgrenzung nicht immer trennscharf möglich, auch Verbindung vorgesehen
  - 📖 Beitritt der EU zur EMRK, vgl. Art. 6 II 1 EUV
- Grundsätzlich besitzt nur das Europarecht im engeren Sinne Examensrelevanz!

## Entwicklung der Europäischen Union (1)

**09.05.1950**

### Schuman-Plan

Französische und deutsche Kohle-/Stahlproduktion soll in einer unabhängigen supranationalen Organisation zusammengelegt und von dieser kontrolliert werden

**18.04.1951**

(in Kraft getreten am  
23.07.1952; **außer Kraft**  
getreten am  
23.07.2002)

### EGKS-Vertrag (Pariser Vertrag)

- Gründungsmitglieder: Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg
- Vertragsdauer: 50 Jahre
- Ziel: Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl

**25.03.1957**

(in Kraft getreten am  
01.01.1958)

### EWG-Vertrag

Ziel: Abbau der Schranken  
für Waren und  
Dienstleistungen

### „Römische Verträge“

(Verträge gelten auf  
unbestimmte Zeit)

### EAG-Vertrag

Ziel: friedliche Nutzung  
und Kontrolle der  
Kernenergie

Gründungsmitglieder: Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg

**08.04.1965**

(in Kraft getreten am  
01.07.1967)

### Fusionsvertrag

Zusammenlegung der Organe und Institutionen der drei  
Gemeinschaften

**01.01.1973**

**Beitritt Dänemark, Irland, Großbritannien**

**01.01.1981**

**Beitritt Griechenland**

**01.01.1986**

**Beitritt Spanien, Portugal**

## Entwicklung der Europäischen Union (2)

**28.02.1986**  
(in Kraft getreten am  
01.07.1987)

### Einheitliche Europäische Akte (EEA)

erste Revision der Gründungsverträge:

- Stärkung des Europäischen Parlaments
- Verwirklichung des Binnenmarkts bis zum 31.12.1992
- Institutionalisierung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)
- Ziel: Schaffung einer Europäischen Union

**07.02.1992**  
(in Kraft getreten am  
01.11.1993)

### Vertrag über die Europäische Union (Maastrichter Verträge)

- Begründung der EU als Dachorganisation der EG
- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit (PJZS)
- Ziel: Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion

**01.01.1995**

**Beitritt Österreich, Schweden, Finnland**

**02.10.1997**  
(in Kraft getreten am  
01.05.1999)

### Amsterdamer Vertrag

- Stärkung des Europäischen Parlaments
- Übernahme vieler PJZS-Angelegenheiten in EGV
- Neunummerierung des EUV und EGV

**26.02.2001**  
(in Kraft getreten am  
01.02.2003)

### Vertrag von Nizza

- Veränderung der Zusammensetzung und Funktionsweise der Organe
- Ausbau des Mehrheitsprinzips

## I. Sitz

Frankfurt am Main

## II. Zusammensetzung

### ■ Direktorium

- Präsident, Vizepräsident, vier weitere Mitglieder, Art. 283 II UAbs. 1 AEUV
- Voraussetzungen: Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates, zum Kreis der in Währungs- oder Bankfragen anerkannten und erfahrenen Persönlichkeiten gehörig, Art. 283 II UAbs. 2, UAbs. 4 AEUV
  - ⚠ Weiter, kaum justiziable Beurteilungsspielraum!
- Ernennung: durch Europäischen Rat auf Vorschlag des Rates

### ■ Rat der Europäischen Zentralbank

- Mitglieder des Direktoriums, alle Präsidenten der nationalen Zentralbanken
- Keine Ernennung, sondern Mitgliedschaft qua Amt

## III. Aufgaben

- Währungspolitik i.S.v. Art. 127 ff. AEUV
  - Ziel: Preisstabilität im Euroraum gewährleisten
- Dabei unabhängig und frei von Weisungen, Art. 130 I, 282 II 3, 4 AEUV

## I. Primäres Unionsrecht

### 1. Gründungsverträge der Union

mit Anhängen, Protokollen und Änderungen

### 2. GRCh wg. Art. 6 I Hs. 2 EUV

### 3. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht

- Allgemeine Rechtsgrundsätze
- Gewohnheitsrecht

## II. Sekundäres Unionsrecht

➔ Rechtsakte der Unionsorgane auf Grundlage der in den Verträgen verliehenen Kompetenzen

### Verordnung (Art. 288 II AEUV)

- abstrakt-generelle Regelung
- unmittelbare Geltung in den Mitgliedstaaten
- vergleichbar „Gesetz“

### Richtlinie (Art. 288 III AEUV)

- abstrakt-generelle Regelung
- keine unmittelbare Geltung; Zielvorgabe für Rechtsangleichung
- Rechtsakt sui generis

### Beschlüsse (Art. 288 IV AEUV)

- konkret-individuelle Regelung
- adressatspezifisch: an einen bestimmten Adressaten gerichtet (vergleichbar VA)
- adressatenlos: nur unionsinterne Verwendung
- unmittelbare Geltung

### Empfehlung, Stellungnahme (Art. 288 V AEUV)

- keine verbindliche Regelung
- evtl. Voraussetzung für Organhandeln (insbes. im Gesetzgebungsverfahren)

⚠ Organe haben Wahlfreiheit hinsichtlich der Handlungsform: Art. 288 AEUV ist keine Kompetenznorm

## Primäres Unionsrecht

### Gründungs- verträge

- Verträge über die Gründung und Arbeit der Union
  - EUV
  - AEUV
- Anhänge und Protokolle, Art. 51 EUV
- Änderungen der Gründungsverträge

### GRCh

- Grundrechte-Katalog mit Geltung für
  - EU-Organe
  - Mitgliedstaaten
- Über Art. 6 I Hs. 2 EUV rechtlich gleichrangig mit Gründungsverträgen

### Gewohnheits- recht

- Soweit es sich unmittelbar aus der Anwendung der Vorschriften aus EUV/AEUV entwickelt hat
- Entsendung von Staatssekretären entgegen Art. 16 II EUV


### Allgemeine Rechtsgrundsätze

- Vom EuGH geschaffen
  - Amtsermittlungsgrundsatz, Verhältnismäßigkeit
- Vertragsrechtlich anerkannt z.B. über Art. 340 II AEUV



- **Unmittelbare Geltung** ➔ Primärrecht gehört in allen Mitgliedstaaten zur verbindlichen und zu vollziehbaren Rechtsordnung
- **Unmittelbare Anwendbarkeit** ➔ Ableitung von Rechten und Pflichten des Einzelnen, wenn Normen des Primärrechts hinreichend genaue und unbedingte Verpflichtung/Berechtigung enthalten

## I. Verordnung, Art. 288 II AEUV


- **Allgemeine Geltung:** Verordnung regelt eine **unbestimmte Vielzahl** von Sachverhalten **generell und abstrakt**, ist daher mit einem **Gesetz vergleichbar**
  - **Unmittelbare Geltung in den Mitgliedstaaten:** Verordnung gilt mit ihrem Inkrafttreten in den und nicht nur für die Mitgliedstaaten
    - Transformation oder Inkorporation in nationales Recht nicht erforderlich
    - Behörden/Gerichte müssen Verordnung anwenden
    - entgegenstehendes nationales Recht wird verdrängt = wird nicht angewandt
    - unmittelbare Berechtigung/Verpflichtung der betroffenen Individuen
-  Datenschutzgrundverordnung

## II. Beschluss, Art. 288 IV AEUV



- Beschluss enthält **konkret-individuelle** Regelung
  - ist der Beschluss an **bestimmte bzw. festgelegte Adressaten** (sog. **adressatspezifischer** Beschluss) gerichtet, bindet er diese unmittelbar, daher ist Beschluss **mit VA vergleichbar**
  - Beschluss ist aber nicht zwingend an einen bestimmten Adressaten gerichtet (sog. **adressatenloser** Beschluss); dann ist Beschluss mit einer Allgemeinverfügung vergleichbar
- Adressaten können **Individuen** (natürliche oder juristische Personen) oder **Mitgliedstaaten** sein
- Beschluss wirkt für Adressaten **unmittelbar**, d.h. **ohne Transformationsakt**



## I. Rechtsnatur und Wirkung

- Richtlinie hat **keine allgemeine Geltung**, sondern ist **nur für Adressaten** – einen Mitgliedstaat, mehrere oder alle Mitgliedstaaten – **verbindlich**
- Richtlinie ist nur hinsichtlich des in ihr **festgelegten Ziels verbindlich**, nicht wie Verordnung in all ihren Teilen
- Richtlinie hat **grundsätzlich keine unmittelbare Wirkung**, sondern sie muss in nationales Recht umgesetzt werden und ist erst danach auch für Unionsbürger verbindlich (Ausnahme: vgl.  23)  
⇒ **zweistufiges Rechtssetzungsverfahren**

## II. Rechtsfolge für die Mitgliedstaaten: Umsetzungspflicht

- Art und Weise der Transformation in nationales Recht
  - Umsetzung muss so erfolgen, dass **praktische Wirksamkeit (effet utile)** gewährleistet ist, Art. 4 III UAbs. 2 EUV
  - Beachtung der Grundsätze der **Rechtssicherheit** und **Rechtsklarheit**
  - **Rechtsnormvorbehalt**: Umsetzung durch formelles Gesetz oder Rechtsverordnung  
 Änderung der Verwaltungspraxis oder Umsetzung durch Verwaltungsvorschrift reicht nicht (h.M.)!
- Inhaltliche Umsetzung
  - Minimum: Herbeiführung des in der Richtlinie vorgegebenen Rechtsstandes
  - Möglich: über Mindestmaß der Richtlinie hinausgehen (sog. **überschießende Umsetzung**)
- Umsetzungsfrist
  - Wird in der Richtlinie selbst vorgegeben
  - Fruchtloser Fristablauf = Vertragsverletzung durch den Mitgliedstaat (zur Haftung vgl.  69 f.)



- Richtlinie hat grundsätzlich keine unmittelbare Wirkung, sondern bedarf der Umsetzung in nationales Recht (⇒ § 22)
- Aber nach EuGH und h.Lit. ist unter bestimmten Voraussetzungen unmittelbare Wirkung gegeben  
**arg.:** – **effet utile** (praktische Wirksamkeit des Unionsrechts), Funktionsfähigkeit der EU  
– **Sanktion für Mitgliedstaaten**, die ihrer Umsetzungspflicht nicht nachkommen

## I. Voraussetzung der unmittelbaren Wirkung

### 1. Umsetzungsfehler bei Ablauf der Umsetzungsfrist

- Umsetzungsausfall: Richtlinie überhaupt nicht umgesetzt
- Umsetzungsdefizit: Richtlinie nicht/nicht ordnungsgemäß umgesetzt

### 2. Richtlinie inhaltlich unbedingt (self executing) ➡ vorbehaltlos und ohne Bedingung anwendbar, bedarf keiner weiteren gestalterischen Maßnahme der Organe der Mitgliedstaaten oder der Union

### 3. Richtlinie hinreichend bestimmt ➡ wenn sich Adressat und Inhalt der Pflicht bei anspruchsbegründenden Normen Gläubiger, Schuldner, Anspruchsinhalt ergeben

## II. Rechtsfolge der unmittelbaren Wirkung

- **Vertikale Direktwirkung zugunsten des Bürgers** gegen den Staat: mitgliedstaatliche Behörden und Gerichte müssen Richtlinieninhalt **von Amts wegen** so anwenden, als sei ordnungsgemäße Umsetzung erfolgt
- **Keine vertikale Direktwirkung zulasten des Bürgers**  
arg.: wäre Widerspruch zum Sanktionsgedanken der unmittelbaren Wirkung
- **Keine horizontale Direktwirkung**, d.h. unmittelbare Wirkung zwischen Privaten (h.M.)  
arg.: Widerspruch zum Sanktionsgedanken, Verschleierung des Unterschieds Verordnung/Richtlinie

## I. Verbandskompetenz

Verbandskompetenz betrifft die Frage, ob die **Rechtssetzungskompetenz bei der Union oder bei den Mitgliedstaaten** liegt

- Union besitzt **keine Kompetenz-Kompetenz**, sondern es gilt das **Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung**, vgl. Art. 5 II AEUV
- **Kompetenzverteilung im Einzelnen:**
  - Verträge enthalten keinen zentralen Katalog mit Kompetenzzuweisungen
  - Arten der Kompetenzzuweisung:

### Ausschließliche Zuständigkeit

- = Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsakten ist endgültig und vollständig auf Union übergegangen, Art. 2 I AEUV
- Angeordnet für Zollunion, gemeinsame Handelspolitik, Art. 3 I AEUV

### Geteilte Zuständigkeit

- = es sind entweder Mitgliedstaaten oder Union zuständig (alternative Zuständigkeit); Mitgliedstaaten verlieren Zuständigkeit, soweit Union Kompetenz nutzt und sie weiter nutzen will, Art. 2 II AEUV
- Hauptfälle in Art. 4 II AEUV genannt

### Unterstützende Zuständigkeit

- = in Anknüpfung an mitgliedstaatliche Akte kann Union unterstützend tätig werden, Art. 2 V, 6 I 2 AEUV

⚠ Ungeschriebene Kompetenzen durch extensive Auslegung der Kompetenztitel (sog. implied-powers-Theorie)!

## II. Organkompetenz

Organkompetenz betrifft die Frage, **welches Organ zur Rechtssetzung befugt ist**

- Ergibt sich aus jeweiliger Ermächtigungsgrundlage, die man im Einzelfall für Verbandskompetenz bereits festgestellt hat

## I. Anwendbarkeit

Keine vorrangigen Sondervorschriften, keine Harmonisierungsmaßnahmen (z.B. Art. 114 AEUV)

## II. Schutzbereich

1. Sachlich: Kernbegriff je nach Grundfreiheit
2. Persönlich: Unionsbürger ggf. zusätzliche Voraussetzungen
3. Räumlich: grenzüberschreitender Bezug

## III. Eingriff

Offene Diskriminierung

Versteckte Diskriminierung

Beschränkung

## IV. Rechtfertigung

Geschriebener  
Rechtfertigungsgrund

Geschriebener Rechtfertigungsgrund (erst-Recht-Schluss)

Ungeschriebener Rechtfertigungsgrund (h.M.)

Verhältnismäßigkeit der mitgliedstaatlichen Maßnahme und ggf. weitere Voraussetzungen